Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 30 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 22. Freitag den 22. Januar 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Holz-Auction.

Donnerstag, den **4. Februar** a. c. sollen im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlag in Abth. 20a, dem sogenannten Haken, an der Connewitzer Linie,

88 Rmtr. Eichen-,
10 " Weißbuchen- und } **Brennscheite**
7 " Rüstern-

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr auf dem Holzschlage an der Connewitzer Linie, an der Panigsbrücke und den Heidaer Wiesen.

Leipzig, am 20. Januar 1886.

Des Raths Forstdeputation.

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassen-Quittungsbuches Serie II Nr. 89198 wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 25. April dss. Js. zur Nachweisung seines Rechtes, bezw. zum Zweck der Rückgabe gegen Belohnung bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger, nach erfolgter Beeidigung seiner Anzeige, der Inhalt dieses Buches ausgezahlt werden wird.

Leipzig, den 20. Januar 1886.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Die im hiesigen Georgenhause detinirte **Amalie Auguste Therese Brendel,** am 12. August 1845 in Gauernitz geboren, ist von dem ihr am 1. vorigen Mon. gestatteten Ausgange nicht zurückgekehrt und treibt sich jedenfalls liederlich umher.

Wir bitten, dieselbe im Betretungsfalle festzunehmen und uns ungesäumt Mittheilung zugehen zu lassen.

Leipzig, am 19. Januar 1886.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. G.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Freitag, den 22. Januar 1886, Nachmittags 6 Uhr, in deren Sitzungssaale, Neumarkt 28, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Bericht des Fach- und Steuer-Ausschusses über den Antrag des Herrn Fritzsche und verschiedene Eingaben, das Branntwein-Monopol betr.
3. Berichte des Verkehrs-Ausschusses über a. die Eingabe der Herren Nottermüller und Gen. zu Dresden, Verlegung der zwischen Dresden und Leipzig verkehrenden Eisenbahnzüge betr.; b. das Schreiben des Raths und der Stadtverordneten zu Plauen, eine Eisenbahn Weischlitz-Pirk-Hof betr.; c. die Anfrage des kaiserl. Ober-Postdirectors, Herausgabe eines Postbuchs für Leipzig betr.
4. Bericht über die Zuschrift des Königl. preuß. Amtsgerichts zu Stettin, Begutachtung der Angemessenheit einer Forderung betr.

Hierauf nicht öffentliche Sitzung.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll auf Antrag der Besitzer **das zu Leipzig an der Reichsstraße unter Nr. 30 der Straßennummer belegene Hausgrundstück,** Nr. 263/64 Abtheilung A des Brandkatasters und Fol. 230 des Grundbuchs für die Stadt Leipzig, bestehend aus vierstöckigem Vordergebäude, einem Mittelgebäude, zwei Seitengebäuden und einem Hintergebäude,

den 30. Januar 1886 Vormittags 12 Uhr

Geschäftszimmer 119 im Parterre des Königlichen Amtsgerichts an den Meistbietenden versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei der unterzeichneten Behörde und bei Herrn Rechtsanwalt Harich hier, Hainstraße 7, eingesehen und in Abschrift bezogen werden.

Besichtigung des Grundstücks durch den in dem 3. Stock des Vorderhauses wohnhaften Hausmann Hänze.

Leipzig, am 24. December 1885.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.
Steinberger.

Bekanntmachung.

Die am 17. October 1885 erfolgte Bekanntmachung, betr. Mittheilung des Aufenthaltsortes des Musikdirectors **Hartenstein** aus Sondershausen, wird als erledigt zurückgenommen. II 476.

Coblenz, den 18. Januar 1886.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Deutsch-katholische Gemeinde.

Sonntag, den 24. Januar, nach Schluß der Erbauungsstunde,
Gemeinde-Versammlung.
J. G. Findel, stellv. Vorst.

Nichtamtlicher Theil.

Von der Balkanhalbinsel.

Auch Bulgarien hat den Abrüstungsantrag der Mächte abgelehnt, aber aus wesentlich anderen Gründen wie Serbien und Griechenland. Bulgarien wird abrüsten, sobald die Großmächte die Wiederherstellung des Friedens gesichert und die Bürgschaft dafür übernommen haben, daß Serbien Bulgarien nicht nochmals überfällt, wozu es große Lust zu verspüren scheine. Das ist eine Antwort, die Hand und Fuß hat und das Wesen der Lage trifft. Die Weigerung Serbiens entspringt unzweifelhaft der Absicht, aufs Neue loszuschlagen, das geht klar aus der Wiedereinberufung des zweiten serbischen Aufgebots für den 21. Januar hervor. Die Haltung Serbiens wird in der That, wie die bulgarische Note in der Abrüstungsfrage besagt, täglich drohender, und unter solchen Umständen bedarf es allerdings einer Bürgschaft dafür, daß Serbien nicht wieder den Frieden bricht. Man sollte meinen, daß die Forderung Bulgariens die ernste Beachtung der Mächte verdiene, vorläufig scheint sie dieselbe aber nicht gefunden zu haben. Das „Journal de St. Pétersbourg" beschränkt sich darauf, die Mächte zur Verdoppelung ihrer Anstrengungen anzuspornen, daß die Abrüstung der Balkanstaaten erreicht werde, weil es die Würde Europas und die Nothwendigkeit, unabsehbarem Unglück vorzubeugen, verlange. Damit ist wieder so gut wie nichts gesagt und noch weniger gethan; wenn die Mächte ihren Antrag nur dringender wiederholen, ohne Zwangsmaßregeln anzudrohen, dann wird die zweite Antwort der drei Balkanstaaten nicht minder ablehnend lauten als die erste.

Woher kommt es, daß Griechenland und Serbien sich um die Aufforderung der Mächte, abzurüsten, nicht kümmern? Weil sie die Ueberzeugung haben, daß den Worten keine Thaten folgen werden; die ganze Action der Mächte wird von ihnen nicht ernst genommen, und sie kann auch kaum ernst genommen werden. Es war bitterer Ernst, als Graf Khevenhüller im bulgarischen Hauptquartiere erschien und erklärte, daß die Bulgaren bei weiterem Vordringen auf serbischem Boden möglicherweise österreichischen Truppen begegnen könnten. Das wirkte unmittelbar, und die Waffenruhe trat sofort ein. Oesterreich möge den Spieß nun einmal umkehren und dem König Milan eröffnen, daß bei längerer Weigerung Serbiens, abzurüsten, österreichische Truppen die Entwaffnung der Serben besorgen würden. Wenn dann Bulgarien und Griechenland das Beispiel Serbiens, das dann bestimmt bei seiner Weigerung, abzurüsten, nicht beharren würde, nicht befolgten, dann würde die Drohung mit dem Einmarsch türkischer Truppen sicher ihre guten Dienste thun. Ein solches Auftreten der Mächte würde die Lage mit einem Schlage ändern, und an weitere Friedensstörungen wäre dann auf der Balkanhalbinsel nicht mehr zu denken. Da die Action der Mächte aber so entschiedene Schritte nicht ins Auge faßt, so kann man sich auch nicht wundern, wenn Serbien und Griechenland der vergeblichen Bemühungen der Mächte spotten und ihrerseits das thun, was ihnen gutdünkt.

Friedlicher klingt die Meldung, daß Serbien und Bulgarien unter Zustimmung der Türkei sich über Bukarest als Ort der Friedensverhandlungen geeinigt haben, und daß Madschid Pascha und Gerschow Bulgarien vertreten werden. Aber diese Verhandlungen haben, selbst wenn sie zur That werden sollten, so lange keinen Werth, als Serbien seine Rüstungen fortsetzt. Man kann ohne Bedenken annehmen, daß es Bulgarien mit den Friedensunterhandlungen ernst ist, bei Serbien muß jedoch entschieden das Gegentheil vorausgesetzt werden. Nun fehlt es zwar keineswegs an Anzeichen, welche eine Annäherung zwischen Rußland und Bulgarien als in der Entwickelung begriffen zeigen, aber diese Annäherung reicht nicht aus, um Serbien von erneuten unüberlegten Schritten zurückzuhalten, wenn sie sich nicht in Handlungen ausdrückt. Die Vorstellung der russischen Officiere, welche einst in bulgarischen Diensten standen, beim Kaiser von Rußland gelegentlich des Festes der Wasserweihe in St. Petersburg ist ein deutlicher Fingerzeig, daß der Kaiser sich für die weitere Entwickelung Bulgariens fortdauernd lebhaft interessirt, aber selbst dieser Wink wird in Serbien keine Beachtung finden, wenn ihm nicht weitere handgreiflichere Kundgebungen von russischer Seite folgen.

Die Haltung Rußlands seit dem 18. September und noch mehr seit dem 14. November, dem Tage der serbischen Kriegserklärung, macht den Eindruck der Unaufrichtigkeit. Rußland würde höchstwahrscheinlich den Einmarsch der Serben in Sofia mit der kategorischen Drohung beantwortet haben, den Bulgaren Hilfe zu leisten, wenn die Serben nicht unverzüglich den Rückmarsch anträten; da aber Fürst Alexander sich der Serben aus eigner Kraft erwehrt hat, so beschränkt sich Rußland auf platonische Gunstbezeigungen für Bulgarien. Deshalb giebt auch die bulgarische Antwortnote auf den Abrüstungsantrag der Mächte den Wunsch zu erkennen, daß Rußland es nicht fernerhin bei Worten bewenden lasse, um sein Interesse für Bulgarien an den Tag zu legen, sondern daß es greifbarere Beweise seiner Sympathien gebe. Die Note drückt ziemlich unverblümt das Verlangen aus, daß Rußland Bulgarien denselben Schutz und dieselbe Hilfe angedeihen lassen möge, die Oesterreich Serbien gewährt hat. Denn nur das Vertrauen auf den Beistand Oesterreichs schwellt den Muth Serbiens.

Das ist die Lage zwei Monate nach dem Beginn der Waffenruhe. Wenn kein Hinderniß dazwischentritt, dann können die Friedensverhandlungen in Bukarest etwa in acht Tagen beginnen, und dann bleibt noch ein Monat übrig, um den Endtermin des Waffenstillstandes entweder durch den Frieden oder den Wiederausbruch der Feindseligkeiten zu ersetzen.

Das Interesse an jeder Sache schwächt sich durch lange Dauer der bestehenden Zustände, mögen diese auch noch so unfertig und gefahrdrohend sein, allmälig ab, aber bei der ostrumelischen und der serbisch-bulgarischen Frage kommt auch noch ein Grad von Unlust der Nächstbetheiligten hinzu, einen befriedigenden Abschluß herbeizuführen, der es allein erklärlich macht, daß die Ursachen der Unruhe auf der Balkanhalbinsel nicht längst beseitigt sind. Die Türkei bringt seit vier Monaten das Opfer kostspieliger Kriegsbereitschaft, das weit über ihre Mittel hinausgeht, aber sie kann sich nicht entschließen, diese Kriegsbereitschaft zur Herstellung von Ruhe und Ordnung auf der Balkanhalbinsel zu benutzen. Oesterreich hat sich nicht besonnen, als es sah, daß sein Schützling Serbien in Gefahr war, Fürst Alexander's Siegeszug nach Belgrad durch eine Drohung zu unterbrechen, aber jetzt besinnt es sich um so ausdauernder, wo ein ernstes Wort von seiner Seite genügen würde, um Serbien zur Abrüstung zu veranlassen und damit das Zeichen zu einer allgemeinen Abrüstung auf der Balkanhalbinsel zu geben. Mit größter Spannung sind die Augen Europas auf Rußland gerichtet, von dem man jetzt mit Recht erwartet, daß es seinem Abrüstungsverlangen Nachdruck geben wird. Was Oesterreich mit so leichtem Herzen für Serbien that, kann doch Rußland nicht verargt werden, wenn es sich darum handelt, dem bedrängten Bulgarien beizuspringen. Es läßt sich allerdings nicht verkennen, daß eine Drohung Rußlands gegen Serbien bei Weitem gefährlicher für den europäischen Frieden sein müßte als Das, was Oesterreich im November v. J. gegen Bulgarien unternommen hat, schon wegen der geographischen Verhältnisse, welche Rußland den unmittelbaren Einmarsch in Bulgarien nicht gestatten, es sei denn auf dem Wasserwege. Dazu würden aber die bereitstehenden Transportfahrzeuge kaum ausreichen. Mit einem Wort, die Drohung Rußlands, an der Seite Bulgariens zu erscheinen, um Serbien in seine Schranken zurückzuwerfen, würde in ganz Europa nur im Sinne eines neuen russisch-türkischen Krieges gedeutet werden und auch keine andere Auslegung zulassen. Deshalb besinnt sich Rußland erklärlicher Weise, bevor es einen so folgenschweren Schritt unternimmt. Wenn aber die Entwickelung diesen Schritt endlich unvermeidlich machen sollte, so kann man nur sagen, daß Oesterreich durch die Sendung des Grafen Khevenhüller der eigentliche Urheber des verderblichen Krieges gewesen ist.

Leipzig, 22. Januar 1886.

* Die Tagesordnung der gestrigen Plenarsitzung des Bundesraths war sehr reichhaltig und betrifft folgende Gegenstände: Mittheilung des Präsidenten des Reichstags, betreffend den vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes über die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts für Elsaß-Lothringen 1885/86; Vorlage, betreffend die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze; Beschlußfassung über den Antrag, betreffend Anrechnung doppelter Dienstzeit zu Gunsten der Reichsbeamten in Ost- und Westafrika; Antrag des Justizausschusses, betreffend die Ergänzung des §. 809 der Civilproceßordnung, welche bekanntlich dahin geht, dem §. 809 der Civilproceßordnung als dritten Absatz folgende Bestimmung hinzuzufügen: „An Stelle der Zustellung des Arrestbefehls an den Schuldner (§. 671) genügt es, wenn die Post um Bewirkung der Zustellung ersucht (§§. 177, 179) oder sofern eine Zustellung mittelst Ersuchens anderer Behörden oder Beamten oder eine öffentliche Zustellung erforderlich ist, das Gesuch um die Zustellung (§. 190) überreicht ist". Der weitere Theil der Tagesordnung betrifft mündliche Berichte über die Vorlagen, betreffend die Bildung einer Berufsgenossenschaft für Weinkellereibetrieb, den Entwurf von Bestimmungen, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien, eine Eingabe, betreffend die Gewährung von Entschädigung für Verluste aus Anlaß des Unfallversicherungs-Gesetzes und endlich den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des §. 147 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes.

* Neuerdings tritt wieder (so wird der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin geschrieben) die Regelung der schon viele Jahre brennenden Apothekerfrage in den Vordergrund. „Eine zufriedenstellende Lösung kann wohl nur herbeigeführt werden, wenn sämmtliche Apotheken entweder in Staats- oder Communal-Apotheken umgewandelt werden oder die Gewerbefreiheit auch auf diesem Gebiete eingeführt wird. Das Apothekergewerbe mit seinem vorgeschriebenen Bildungsgang und seinen vielfachen Modificationen, jetzt schon unter staatlicher Aufsicht, wird sich eher als Staatsmonopol eignen, denn als freies Gewerbe. Das Reich könnte sich hier bald ein Monopol schaffen, mit welchem das Volk zufrieden und der Staat jährlich eine Einnahmequelle von vielen Millionen hätte. Dadurch würde die Stellung der Apotheker zu den Aerzten, besonders die der Landapotheker, eine bessere und dem Handwerk der Curpfuscherei und des schon viel verurtheilten Geheimmittelwesens könnte eher gesteuert werden. Die zweite Art der Lösung wäre die Einführung der Gewerbefreiheit. Rangirt der Apotheker mit Kaufleuten, dann wird wohl Freund und Feind ohne alle Sonder- und Hintergedanken sagen müssen, daß auch ihm volle Niederlassungsfreiheit gebührt wie dem Kaufmannsstande. Vielleicht bringen die Kölner Agitationen bald einmal Fluß in die Sache."

* Die „Nationalzeitung" widmet **Dr. Philipps** folgenden Nachruf: „Der Chefredacteur der „Volks-Zeitung", Dr. Philipps, ist heute Vormittag 11½ Uhr nach vierzehntägigem schweren Leiden gestorben. Ein langjähriges Herzleiden hat den frühzeitigen Tod herbeigeführt. Philipps stand erst anfangs der vierziger Jahre. Philipps wurde 1881 für Mainz in der Stichwahl mit Bebel in den Reichstag gewählt; er gehörte hier dem äußersten linken Flügel der Fortschrittspartei an. Die Fusion der liberalen Vereinigung mit der deutschen Fortschrittspartei zur deutschfreisinnigen Partei machte er nur widerwillig mit, nach der Abstimmung über das Socialistengesetz trat er aus der freisinnigen Partei aus und war mit seinem Freunde, dem Abgeordneten Lenzmann, welcher die Fusion nicht mitgemacht hatte, für die Gründung einer demokratischen Partei thätig, ohne jedoch, wie bekannt, damit einen nennenswerthen Erfolg zu erzielen. Philipps wurde auch der Mitbegründer des hiesigen demokratischen Vereins. Viele humane Vereine verlieren in dem Verstorbenen einen allzeit bereiten Helfer. 1884 wurde Philipps in den Reichstag nicht wieder gewählt, seine Candidatur in Mainz stieß auf vielfache Schwierigkeiten. Die letzten Lebenstage des Verstorbenen waren sehr schmerzensreich, Nahrung konnte er nicht mehr zu sich nehmen. Gepflegt von seiner Gattin, die er kinderlos hinterläßt, und seinen Freunden Eicho und Lenzmann, die Tag und Nacht bei ihm wachten, sah er seiner Auflösung entgegen. Die Berliner Presse betrauert in Dr. Philipps ein Mitglied von ungewöhnlicher Begabung und fester Ueberzeugungstreue, der die hohe Meinung, welche er von der Aufgabe der Presse hegte, durch sein Leben und Wirken bethätigte."

* Herr Dr. Windthorst veröffentlicht in der „Germania" seinen Dank für die ihm anläßlich seines Geburtstages zugegangenen überaus zahlreichen Zeichen der Theilnahme. „Der Dank ist — so sagt Herr Windthorst unter Anderm — um so viel inniger, je freundlicher sich mit den Glückwünschen fast überall die ausdrücklichsten Zustimmungen zu meinem Verhalten im politischen Mandat und die ergreifendsten Versicherungen vereinigt haben, daß nichts und Niemand auf der Welt im Stande sein werde, mich von den Freunden oder diese von mir loszureißen". — Besonderen Dank stattet Herr Windthorst Denen ab, welche den Anlaß seines Geburtsfestes benutzen, um ihm größere und kleinere Beiträge zum Bau einer zweiten katholischen Kirche in Hannover zur Verfügung zu stellen. — Die „Post" hört hierzu, daß diese Agitation für eine zweite katholische Kirche von den bekanntlich im Allgemeinen orthodox protestantischen Welfen sehr schief angesehen wird.

* * *

* Im ungarischen Abgeordnetenhause kam es am Montag zu einer sehr erregten Scene, über welche Wiener Blätter folgenden telegraphischen Bericht mittheilen:

Der Vertreter von Zenta, ein ganz neues Mitglied des Hauses, der Abgeordnete Ladislaus Szabo, sagte in seiner Jungfernrede, es gebe unter den Intimen des Ministerpräsidenten Jemanden, der das Vermögen des Landes um ein Drittheil verschleudere. Minister-Präsident Tisza: Ich weise diese Beschuldigung als eine jeder Grundlage entbehrende Verleumdung zurück. (Lebhafte Zustimmung rechts, Bewegung auf der äußersten Linken.) Ladislaus Szabo erhebt sich hierauf wieder, worauf ein großer Tumult entsteht. Auf der Rechten hört man die Rufe: „Namen nennen!" „Wer ist es?" und die Gegenrufe: „Redefreiheit!" Endlich kommt der Redner zum Wort: „Reden ist leichter", schreit er in die Versammlung hinein, „als etwas zurückweisen (Rufe: „Namen nennen!"). Szabo: Wenn es beliebt, sage ich es auch, wenn nämlich der Minister-Präsident eine Untersuchung anordnet und mich mit derselben betraut. Ich kenne den Vertuschungs-Apparat. Man möge mir wenigstens die Controle der Untersuchung übertragen, dann werde ich Das, was ich gesagt, auch beweisen. Ministerpräsident Tisza: Hätte der Herr Abgeordnete denjenigen meiner Intimen genannt, der das Staatsvermögen um ein Drittheil des Werthes verschleudert, so hätte ich kein Wort gesagt und gewußt, was mir meine Pflicht zu thun gebietet. Wenn er aber keinen Namen nennt, so kann ich unmöglich eine Untersuchung einleiten, da ich keine Ahnung habe, wen er meint. — Szabo: Geehrtes Haus! (Stürmische Rufe: Den Namen, nennen Sie ihn!) Ich habe schon Vieles in Ungarn erlebt. Ich habe kein Document zur Hand; wenn ich den Namen nenne, werden die Documente verschwinden. Ich lasse mich nicht aufs Eis führen. Ich stehe aber für das Gesagte ein. (Langanhaltender Lärm. Rufe rechts: Dann reden Sie nicht!) Daten stehen mir nicht zur Verfügung, ich werde daher die Neugierde des Hauses nicht befriedigen. Auf Wunsch des Ministerpräsidenten bin ich jedoch bereit, ihm unter vier Augen den Namen zu nennen.

Damit schloß die Scene, es dauerte aber lange, bis sich die Aufregung legte. Nach dem telegraphischen Berichte spielte der Abg. Szabo eine traurige Rolle; die Schuld daran scheint aber nur in seiner parlamentarischen Ungeschicklichkeit gelegen zu haben, denn seiner Sache scheint er sicher zu sein. Ein Privattelegramm der „Vossischen Zeitung" aus Wien meldet nämlich:

Zur Erhärtung seiner Behauptung nannte Abgeordneter Szabo dem Ministerpräsidenten in Gegenwart der Abgeordneten Szilagyi und Ugron den Namen Desjenigen, der Staatsvermögen verschleudert haben soll. Angeblich handelt es sich um Verpachtung eines Staatsgutes, dessen Licitation illusorisch gemacht wurde. Das betreffende Gut ist einem Vertrauensmann eines Obergespans um ein Drittel des marktgängigen Pachtschillings zugesprochen worden. Tisza ordnete sogleich die Untersuchung an.

* Die dänischen Blätter verfolgen das Nord-Ostsee-Canalproject mit ersichtlichem Interesse. Es ist vollkommen erklärlich, daß sie bisweilen einen etwas forcirten Versuch machen, das große Unternehmen in seinen Folgen für das dänische Geschäft als ziemlich harmlos hinzustellen — man hat am Sunde eben das Bedürfniß, in einer Zeit großer Geschäftsflaue sich etwas Muth zu machen. In den mercantilen Kreisen weiß man den Ernst der Sache sehr wohl zu würdigen, wie sich das ja auf dem letzten dänischen Handelstage klar genug gezeigt hat. Auch „Nat.-Tid." hält es jetzt, da die Realisation des Projectes außer Frage steht, für an der Zeit, am Schlusse einer längeren Erörterung über den Canal ein ernstes Wort zu sprechen: „Die Sache ist auf jeden Fall von so großer und durchgreifender Bedeutung, sagt das officielle Organ, daß es uns ein Sporn werden muß, von dänischer Seite rechtzeitig alle die entsprechenden Veranstaltungen zu treffen, um so weit als möglich Hemmung und Verlust unserer Handels- und Schifffahrts-Interessen zu verhindern."

* Die Wiener Blätter melden aus Bodenbach, daß elf Waggons mit 20.000 Kanonenkugeln von Krupp nach Rumänien durchpassirt seien und daß weitere Transporte von Kriegsmaterial dorthin in Aussicht stehen. **Griechenland** hat in der Torpedo-Fabrik zu Fiume hundert Whitehead-Torpedos zu baldigster Ablieferung bestellt und es wird gegenwärtig an der Ausführung dieser Bestellung mit verdoppelter Arbeitskraft geschafft. **Serbien** hat in England außer 20 Millionen Gewehrpatronen 18 Bergbatterien und Mitrailleusen mit vierwöchentlichem Lieferungstermin bestellt.

* Aus Bukarest wird der „Kölnischen Zeitung" vom 15. Januar geschrieben:

Die in den letzten drei Tagen vorgenommenen Beschießungen der für die Befestigungen Bukarests gelieferten Probepanzerthürme haben den Sieg des deutschen Systems Gruson-Schumann über das französische System Mougin-Mongolfier in unwiderleglicher Weise besiegelt und sofort jene Stimmen zum Schweigen gebracht, welche aus blinder Vorliebe für alles Französische den internationalen Wettkampf zweier verschiedener Thurmsysteme als ein Ringen der deutschen mit der französischen Nationalindustrie hinzustellen suchten, aus welchem letztere nothwendigerweise als Siegerin hervorgehen müsse. Um Ihre Leser nicht durch Wiedergabe der schließlich nur den Fachmann interessirenden Einzelheiten zu ermüden, beschränke ich mich auf die kurze Wiedergabe der wichtigsten Zahlen und Thatsachen, welche sich auf die nach der vollständig erschöpfenden, beziehungsweise treffenden Beschießung der beiden Thürme mit einundzwanzigcentimetrigen Bomben vorgenommene Beschießung der Schießscharten und auf die Wiederaufnahme der Panzerbeschießungen beziehen. Um unnöthige Munitionsverschwendungen zu vermeiden, wurden die Schießscharten aus einer Entfernung von 50 Meter mit entsprechender Minderung der Pulverladung vorgenommen. Auf die Schießscharten des französischen Thurmes wurden vier Schüsse abgegeben, von denen der eine einen Theil der Schießschartenwand und die an Stelle des Geschützrohres eingestellte Geschützattrappe zertrümmerte. Auf die Schießscharte des deutschen Thurmes wurden sieben Schüsse abgefeuert, welche jedoch dank der Ausrüstung der Schießschartenwandung an letzterer abglitten, ohne der Schießscharte und dem in derselben ziemlich weit zurückliegenden, auch hier durch ein Eisenstück vertretenen Geschützrohr einen Schaden zuzufügen. Am 6. und 7. Januar wurden die im Fundament feststehenden Vorpanzer der beiden Drehthürme beschossen, und war dabei der natürlich höher stehende französische Thurm insofern im Vortheil, als er von der nur auf 50 m Entfernung aufgefahrenen Batterie mit einer Hebung des Kanonenrohres von 1°25' beschossen wurde, während bei dem Angriff auf den deutschen Vorpanzer das Geschütz etwa um 4°44' unter die Horizontale gerückt werden mußte. Infolge der nach außen hin sich ausbauchenden Form des Vorpanzers glitt die Kugel vom französischen Vorpanzer mehr oder minder wirkungslos ab, während sie beim deutschen senkrecht auftraf und dennoch auch eine weit größere Zerstörungskraft entwickeln konnte. Doch ist der Riß, welchen der deutsche Vorpanzer erlitt, für die Beurtheilung der beiden Thurmsysteme (von den eben erwähnten ungleichen Beschießungsbedingungen ganz abgesehen) schon insofern belanglos, weil eine solche Beschädigung der Vorpanzer im Ernstfalle ganz unausführbar ist und als die Verschiedenheit der Thurmsysteme nicht in den nach gleichen Grundlagen erbauten Vorpanzern, sondern eben in den über die Vorpanzer emporragenden Drehthürmen besteht. Und von diesen hat sich die Gruson-Schumann'sche Drehkuppel insofern als ungleich überlegen erwiesen, als überhaupt von einer Ungleichwerthigkeit derartiger Panzerungen die Rede sein kann. Nachdem eine und dieselbe Platte dieser Kuppel bereits früher 25 Kugeln erhalten hatte, wurde dieser Platte ebenvorgestern neuerdings mit 36 Treffern zugesetzt, ohne daß ein anderer Erfolg als die Abbröckelung der oberen sechs Centimeter starken Stahlschicht an der zumeist in Mitleidenschaft gezogenen Stelle zu verzeichnen gewesen wäre. Die untere, mit der Stahlschicht verschweißte Walzeisenschicht blieb völlig unverletzt. Um so trauriger gestaltete sich die Fortsetzung dieser Beschießungen für den französischen Thurm. Nachdem derselbe bereits arg mitgenommen worden war, wurde unter lebhaftem Widerspruch eines Theiles der Militaircommission beschlossen, den Thurm zu drehen und eine bisher noch gar nicht beschossene Stelle des Thurmes zum Ziele zu machen. Trotz dieser Vorsicht erhielt die betreffende Panzerplatte, nachdem sie kaum den dritten Theil der auf die deutsche Panzerplatte abgegebenen Treffer empfangen hatte, einen durch und durch gehenden Riß, ganz abgesehen davon, daß die obere Deckplatte des Thurmes gelüftet und eine größere Zahl der Schrauben abgesprengt wurden, mit welchen diese Platte mit der cylindrischen Mantelfläche des